

Die Politik der gerechten Transformation

Wie die Ampelkoalition bei modernisierungsskeptischen Gruppen Akzeptanz für die Klimawende erlangen kann

Dominic Schwickert/Paulina Fröhlich

»Die großen Probleme unserer Zeit werden wir überhaupt nur dann bewältigen, wenn uns unterwegs nicht der Zusammenhalt unserer Gesellschaft abhanden kommt. Soziales Vertrauen und sozialen Zusammenhalt zu organisieren, das ist die Voraussetzung schlechthin dafür, dass Deutschland in diesem Jahrhundert eine gute Zukunft haben wird. Gelingen wird uns das nur mit einer Politik des Respekts, einer Politik, die immer alle Bürgerinnen und Bürger im Blick behält.«

(Olaf Scholz, Regierungserklärung, 15.12.2021)

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft ist voraussetzungsreich. Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete sie in seiner ersten Regierungserklärung am 15. Dezember 2021 zu Recht als den »größten Umbau unserer Wirtschaft seit mehr als 100 Jahren«. Soll diese Aufgabe gelingen, erfordert das nicht nur ein hohes Maß an Innovation und Geschwindigkeit, sondern auch eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber der Transformation.

1. Transformation als politische Aufgabe

Der Koalitionsvertrag macht deutlich, wie viel sich auf dem Weg zur Klimaneutralität verändern muss und wie wenig Zeit dafür bleibt. Allein bis zum Jahr 2030 sollen 15 Millionen E-Autos auf die Straße gebracht, der Anteil an erneuerbaren Energien von 45 Prozent auf 80 Prozent erhöht und der Kohleausstieg vollzogen werden. Die Liste ließe sich noch lange fortführen. Jedoch verstellt das Sammelsurium an Zahlen und Zielen schnell den Blick darauf, dass es sich bei der ökologischen Transformation nicht um eine technokratische Operation handelt. Vielmehr hat es die Bundesregierung mit einer primär politischen Aufgabe zu tun, deren Erfolg insbesondere davon abhängt, wie gut sich die unvermeidbaren Widersprüche und Interessenkonflikte der Transformation abfedern oder gar auflösen lassen.

Denn eines ist klar: Wie jede große Veränderung bringt die ökologische Transformation neben all ihren Chancen und Potenzialen auch Verluste mit sich und weckt Widerstände, die keineswegs gleich verteilt sind. Es ist nachvollziehbar und legitim, wenn Menschen, die sich in prekärer ökonomischer Lage befinden, in strukturschwachen Räumen leben und negative Transformationserfahrungen gemacht haben oder Kontinuität per se als Wert schätzen, skeptisch gegenüber einem so umfassenden Wandel wie der Dekarbonisierung der Wirtschaft und den möglichen Folgen sind.

Nun stehen progressive Parteien vor der speziellen Herausforderung, dass sich eben jene modernisierungsskeptischen Gruppen nur selten von ihnen vertreten fühlen. Insbesondere FDP und Grüne sprechen vornehmlich Menschen und Milieus an, die sich selbst als Treiber von Veränderung verstehen (Sinus-Institut 2021). Und auch die SPD hat unter den Modernisierungsskeptischen erst bei der letzten Bundestagswahl wieder leichte Zugewinne verzeichnen können (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut 2021).

Es muss daher Anspruch und Aufgabe Progressiver sein, modernisierungsskeptische Gruppen stärker in den Fokus ihrer Politik zu nehmen und darauf hinzuwirken, dass sie nicht zu Gegenspielerinnen der Klimawende werden. Dieser zielgruppenspezifische Ansatz scheint für eine progressive Politik der Transformation in höherem Maße orientierungstiftend und handlungsleitend als der allgemeine Appell an das definitorisch vage und normativ dünne Konstrukt des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Doch wie kann das gelingen? Dieser Beitrag untersucht zunächst, wodurch sich modernisierungsskeptische Gruppen in unserer Gesellschaft auszeichnen und welche Rolle sie für progressive Politik spielen. Anschließend wird der Blick auf die ökologische Transformation gerichtet und insbesondere darauf, welche Verteilungseffekte sich durch die geplanten klimapolitischen Maßnahmen der Bundesregierung für eben jene Gruppen ergeben könnten. Auf dieser Basis schlägt der Beitrag eine Reihe konkreter Strategien und Maßnahmen vor, mit denen die Bundesregierung die Akzeptanz gegenüber der ökologischen Transformation in modernisierungsskeptischen Gruppen stärken kann. Im Ausblick wird beleuchtet, welche Fallstricke sich dadurch möglicherweise für progressive Parteien ergeben.

2. Progressive Politik und die Gruppe der Modernisierungsskeptischen

Die Forderung nach einer Politik für die Mitte der Gesellschaft ist eine viel bemühte und zugleich wenig aufschlussreiche Phrase. Denn der Begriff der gesellschaftlichen Mitte ist unscharf und polyvalent. Mit seinen Ausführungen zur Drei-Klassen-Gesellschaft in der Spätmoderne bringt der Soziologe Andreas Reckwitz jedoch Licht ins Dunkel. Aus der nivellierten Mittelsstandsgesellschaft der Nachkriegsära haben sich laut Reckwitz im Zuge der vergangenen Jahrzehnte drei Klassen entwickelt: eine neue Mittelklasse, die kosmopolitisch geprägt, diskursiv tonangebend und politisch einflussreich ist; die alte Mittelklasse, die weiterhin Wert auf Status und materiellen Lebensstandard legt und besonders stark im ländlichen Raum vertreten ist; und schließlich die neue Unterklasse, deren Angehörige häufig in einfachen Dienstleistungen arbeiten und von ständiger Prekarität bedroht sind (Reckwitz 2019). Sowohl die alte Mittelklasse als auch die neue Unterklasse verstehen sich in Reckwitz' Analyse immer seltener als Gewinnerinnen der Modernisierung, das Fortschrittsversprechen liberaler Demokratien scheint sich in ihrer Lebenswelt nicht zu materialisieren. Ihre Einstellungen zur ökologischen Transformation werden vor diesem Hintergrund entscheidend dafür sein, ob und in welcher Geschwindigkeit Politik und Gesellschaft diese Jahrhundertaufgabe bewältigen können.

Die allermeisten Menschen in Deutschland haben ein ausgeprägtes Problem- und Verantwortungsbewusstsein hinsichtlich des Klimawandels.

Einer großen Mehrheit im Land ist klar, dass der Klimawandel vor allem ein menschengemachtes Problem ist. Und dass die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft eine kollektive Aufgabe ist, zu der jeder Mensch einen Beitrag leisten kann und muss – vorausgesetzt, dass die Lasten gerecht verteilt werden. Empirische Erhebungen zeigen eindeutig dieses klimaschutzorientierte *Mindset*:

- Laut ARD-DeutschlandTREND (November 2021) sieht eine breite Mehrheit der Bevölkerung großen bzw. sehr großen Handlungsbedarf beim Klimaschutz (83 %). In allen Anhängerschaften gibt es dazu breite Mehrheiten, bei den Grünen (100 %), der SPD (88 %), FDP (87 %), CDU/CSU (86 %) und der Linken (86 %). Einzig die der AfD Zuneigenden sind deutlich weniger klimaschutzaffin eingestellt (39 %), was sie deutlich vom gesellschaftlichen Konsens entfernt (El-Menouar/Unzicker 2021; Bergmann et al. 2017).
- Das Thema Umwelt/Klima/Energiewende rangiert seit Mai 2019 weit oben auf der politischen Problemagenda, ab 2020 nur überboten von der Corona-Pandemie (ZDF Politbarometer). 80 Prozent der Befragten sorgen sich um den Klimawandel und seine Folgen; 65 Prozent sind davon überzeugt, dass der Klimawandel bereits jetzt spürbar ist. Zugleich finden rund zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger, dass die Politik zu wenig gegen den Klimawandel unternimmt (67 %) (Gagné/Krause 2021).
- Maßnahmen gegen den Klimawandel wie der Ausbau der erneuerbaren Energien (92 %) oder kostenloser ÖPNV (84 %) erzielen hohe Zustimmung. Deutlich ablehnend sind die Befragten jedoch bei Preissteigerungen, etwa bei der Frage, ob der Benzinpreis stärker erhöht werden sollte (75 % dagegen) (ARD-DeutschlandTREND August 2019).

Dass die Akzeptanz für höhere Kosten gering ist, überrascht angesichts der sozioökonomischen Lage nicht: Einerseits gibt es hierzulande nach wie vor einen großen Niedriglohnsektor. Eine aktuelle Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Jede/r fünfte Vollzeitbeschäftigte in Deutschland (18,7 %) verdient weniger als 2.284 Euro brutto, im Osten ist es sogar fast jede/r Dritte (29,1 %). Überdurchschnittlich oft sind Frauen (25,4 %), Menschen mit Migrationsgeschichte (36,9 %), Ungelernte (40,8 %) und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter (67,9 %) betroffen (Seils/Emmler 2022).

Aber auch die Mittelschicht bröckelt. Sie ist so stark wie in keinem anderen westlichen Industrieland geschrumpft, hat eine Studie der OECD und der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2021 ergeben: 1995 gehörten noch 70 Prozent zur mittleren Einkommensgruppe, 2018 waren es hingegen nur noch 64 Prozent. Vor allem in der *unteren* Mittelschicht ist das Abstiegsrisiko größer geworden; umgekehrt sind die Aufstiegschancen geringer geworden (Consiglio et al. 2021).

Gesellschaftliche Akzeptanz für die sozial-ökologische Transformation ist jedoch nur dann breitflächig zu erwarten, wenn die Betroffenen keine Verfestigung oder gar Verschlechterung ihrer ohnehin unsicheren finanziellen Situation zu erwarten haben. Es geht dabei auch um Wertschätzung und Anerkennung für die Menschen, die bereits jetzt von den Folgen des gesellschaftlichen Wandels betroffen sind.

Welche Gruppen hier in den Fokus zu nehmen sind, zeigen einschlägige Milieustudien. Auf der Basis von sozialpsychologischen Ansätzen zu tief liegenden Moralvorstellungen hat *More in Common* sechs Wertemilieus identifiziert, die sich wiederum in drei Gruppen einteilen lassen. Ganz unten steht das »unsichtbare Drittel« der Gesellschaft: Es handelt sich um zwei politisch und gesellschaftlich vernachlässigte Milieus – die »Enttäuschten« und »Pragmatischen« –, die zusammen 30 Prozent der Gesellschaft stellen. Sie sind zu wenig eingebunden, erfahren trotz ihrer Anstrengungen nur mangelhafte Anerkennung im Leben und sind weniger bereit für gesellschaftlichen Wandel als andere Milieus (Krause/Gagné 2019).

Dies gilt auch für Menschen, die in strukturschwachen Regionen leben und bereits von der Transformation betroffen sind oder dies in naher Zukunft zu erwarten haben. Eine aktuelle qualitative Studie, die das Progressive Zentrum in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in vier verschiedenen strukturschwachen Regionen Deutschlands durchgeführt hat, bringt aufschlussreiche Erkenntnisse hierzu hervor: Zwar nehmen die Menschen den Klimawandel auch als kollektives Problem wahr, das nicht aufgeschoben werden darf. Nach den großen Herausforderungen der Zukunft gefragt, werden Klima- und Umweltschutz am zweithäufigsten genannt. Allerdings sind es vor allem soziale Sorgen und Nöte, die sie in ihrem Alltagsleben umtreiben. Das Vertrauen in die gewählten Verantwortlichen ist gering; ein deutliches Anzeichen dafür, dass diese Menschen sich politisch vernachlässigt und ihre Interessen nicht im politischen Diskurs widergespiegelt sehen (Fröhlich/Ranft/Mannewitz 2022).

Was die genannten Gruppen vereint, ist nicht, dass sie der ökologischen Transformation mit Ablehnung gegenüberstehen. Sie verbindet vielmehr eine Modernisierungsskepsis, die sich aus der Sorge speist, dass sie durch den Wandel und seine Auswirkungen nicht profitieren und womöglich gar spürbare Nachteile in ihrem Alltag erfahren werden. Wenn die Ampel-Koalition ihr Fortschrittsversprechen einlösen möchte, muss sie die Modernisierungsskeptischen mit Worten und Taten davon überzeugen, dass die Transformation ein gesamtgesellschaftliches, qualitatives Wachstumsprojekt ist, bei dem niemand zurückgelassen wird. Insbesondere Grüne und FDP haben hier einen weiten Weg zu gehen. Mit Reckwitz' Worten gesprochen, sind sie bisher »letztlich die Repräsentanten der neuen Mittelklasse, sozialhistorisch gesprochen die Erben von Bildungsbürgertum und Wirtschaftsbürgertum«.

3. Das Projekt der Großen Transformation: Wie sich Klimapolitik auf modernisierungsskeptische Gruppen auswirkt

Mit der Bekämpfung der Klimakrise stellt sich die Politik einer Aufgabe von historischem Ausmaß. Laut einer Schätzung von KfW Research muss Deutschland bis zum Jahr 2045 rund fünf Billionen Euro investieren, um in den Bereichen Verkehr, Energie, private Haushalte, Landwirtschaft und Industrie Klimaneutralität herzustellen (Volk 2021). Grundlegende Veränderungen – in der Produktion und am Arbeitsplatz, in der Mobilität, bei Konsum und Wohnen – werden nötig sein, um katastrophale Verwerfungen im globalen Maßstab zu verhindern. Dann könnte die Große Transformation gelingen, von der der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen bereits 2011 sprach.

Die 2021 neu gewählte Bundesregierung, bestehend aus SPD, Grünen und FDP, ist sich laut ihres Koalitionsvertrags der Dimension dieser Aufgabe bewusst. »Wir stellen die Weichen auf eine sozial-ökologische Marktwirtschaft und leiten ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen ein«, heißt es dazu in dem Vertrag zwischen den drei Parteien. Zeitlich hat sich die neue Regierung das Ziel gesetzt, die Grundlagen zu schaffen, damit Deutschland »spätestens 2045« Klimaneutralität erreicht. An diesem selbst gesteckten Ziel werden sich die an der Koalition beteiligten Parteien messen lassen müssen.

In der Geschichte der Menschheit gab es nur wenige Umbrüche, die den Dimensionen der aktuellen Veränderungen nahe kamen. Ähnlich wie die Industrielle Revolution wird die ökologische Transformation zu einer massiven Veränderung von sozialen und wirtschaftlichen Prozessen führen. Die in den vergangenen Jahren gewachsene Einsicht, dass die natürlichen Ressourcen limitiert sind und das natürliche Gleichgewicht der Erde verletzlich ist, hat Prozesse in Gang gesetzt, die in der Summe eine weitere Große Transformation erfordern (WBGU 2011).

Diese Große Transformation zeichnet sich aus durch:

- **Dauer:** Sie wird mehr als nur Jahre oder Jahrzehnte andauern.
- **Vielgestaltigkeit:** Wirtschaft und Technologie, Politik, Gesellschaft und Kultur sind tiefgreifenden Veränderungen unterworfen.
- **Beispiellosigkeit:** Es gibt keine Blaupause, kein Modell für den Umbruch.
- **Asynchronität:** Die Teiltransformationen verlaufen unterschiedlich schnell und folgen eigenen Zeitlogiken.
- **(Ko-)Evolutorischer Charakter:** Die Große Transformation ist schwer von zentraler Stelle steuerbar, und die Teilsysteme interagieren miteinander. Globale Verwerfungen sind kaum vermeidbar.

Die Bundesregierung will in drei groben Handlungsfeldern die Große Transformation umsetzen. Die meisten Maßnahmen sind dabei transformativer Natur, etwa die Dekarbonisierung der industriellen Produktion und der Wärmeversorgung, der Modal Shift im Personenverkehr, die Emissionsreduktion im Güterverkehr, die Gebäudesanierung oder die Veränderung der Tierhaltung. Daneben gibt es Maßnahmen, die eine Reduktion oder einen Rückbau vorsehen, etwa der Verzicht auf fossile Energieträger. Eine dritte Gruppe umfasst die Förderung und den Ausbau bestimmter Strukturen und Technologien, etwa den Ausbau der erneuerbaren Energien, den Ausbau der Stromnetze, die Sektorenkopplung oder den Neubau energieeffizienter Gebäude. Daneben gibt es weitere, sektorübergreifende Maßnahmen wie die CO₂-Bepreisung, internationale Klimaschutzbemühungen und Natürliche Senken (DIW ECON 2021). Laut der Schätzung von KfW Research teilen sich die geschätzten Gesamtkosten bis zum Jahr 2045 wie folgt auf die unterschiedlichen Bereiche auf:

- **Verkehr:** 2,1 Billionen Euro
- **Energie:** 840 Milliarden Euro
- **Private Haushalte** (vor allem Gebäudesanierung): 636 Milliarden Euro
- **Industrie:** 620 Milliarden Euro
- **Gewerbe, Handel und Dienstleistungen:** 237 Milliarden Euro.

Doch wirken sich die zu erwartenden Kosten und Verteilungseffekte gleichmäßig auf die Bevölkerung aus? Mit den finanziellen Auswirkungen einiger Maßnahmen haben sich das ifo-Institut (Bach/Harnisch/Isaak 2018) und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Radulescu 2021) auseinandergesetzt. Für alle geplanten Maßnahmen treffen die beiden Untersuchungen keine Voraussagen – vermutlich, weil sich in einigen Bereichen nur schwerlich berechnen lässt, welche konkreten Belastungen für verschiedene Einkommensgruppen entstehen werden. Exemplarisch soll hier auf die Auswirkungen der Maßnahmen eingegangen werden, die ifo und DIW aufgeschlüsselt haben.

Erneuerbare Energien: Mit Hilfe der Bepreisung von Treibhausgasen, der Förderung erneuerbarer Energien, Innovationsförderung und gesetzlichen Standards sollen die Ziele in diesem Bereich erreicht werden. Die Finanzierung soll weiterhin aus EEG-Mitteln erfolgen, allerdings nicht mehr über eine Umlage, sondern künftig aus Steuermitteln. Die Erhöhung des Preises für CO₂-Ausstoß soll die Kosten für die Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern erhöhen und Innovationsanreize schaffen. Ein Teil der Einnahmen soll an die Haushalte zurückgegeben werden (Radulescu 2021, S. 15). Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine stellt sich allerdings die Frage, ob das reicht oder die gewaltigen Preissprünge mit zusätzlichen Steuermitteln ausgeglichen werden müssen.

Im Zeitraum zwischen 2013 und 2017 sind die von der CO₂-Bepreisung betroffenen Energieausgaben privater Haushalte im untersten Einkommensquartil von 113 auf 117 Euro pro Monat gestiegen, während sie für die reichsten Haushalte im oberen Quartil im gleichen Zeitraum um neun Prozent von 146 auf 139 Euro pro Monat gesunken sind. Auch relativ zum Einkommen ist eine Schiefelage erkennbar: So betrug der Anteil der Energieausgaben am Nettoeinkommen für Haushalte im untersten Quartil 2019 fast 12 Prozent. Die reichsten Haushalte mussten jedoch nur weniger als vier Prozent aufwenden (Radulescu 2021, S. 16).

Gebäudesanierung: Den größten Anteil ihres Endenergieverbrauchs wenden private Haushalte für Heizung und Warmwasserbereitung auf. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2050 den Primärenergiebedarf für Gebäude um bis zu 80 Prozent zu senken. Erhebliche Investitionen in Wärmedämmung, Heizungsanlagen und Haustechnik sind dafür erforderlich.

Da es bei Bauvorhaben erhebliche Variablen gibt (Baukosten, öffentliche Förderung, regionale Unterschiede), hat das DIW eine Simulation unter festen Annahmen durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass den Haushalten in den unteren beiden Einkommensdezilen Netto-Belastungen von durchschnittlich zwei bis drei Prozent entstehen. Sollten die Einsparwirkungen durch die Gebäudesanierung nicht den in der Simulation angenommenen Effekt erreichen, drohen demnach sogar Belastungen von fünf bis sieben Prozent in den unteren beiden Dezilen. Mit steigenden Einkommen sinken die Belastungen. Den Haushalten im obersten Dezil entsteht nur ein Einkommensverlust von 0,83 Prozent (Bach/Harnisch/Isaak 2018, S. 35f.).

Verkehrsverlagerung (»Modal Shift«): Unter dem Begriff sammeln sich die Bemühungen, den Verkehr von vorrangig individuell genutzten Pkw auf andere Verkehrsmittel, vor allem auf den öffentlichen Personennahverkehr, zu verlagern. Dies kann beispielsweise durch die Verteuerung der Kraftstoffpreise und die Senkung der ÖPNV-Preise erreicht werden.

Das DIW hat dazu zwei Preiserhöhungen simuliert – um fünf und um 15 Cent pro Liter. Werden die Kraftstoffpreise etwa um 15 Cent je Liter erhöht, kommen demnach auf Haushalte mit Vielfahrern in den unteren Dezilen Mehrausgaben von mehr als einem Prozent des Nettoeinkommens zu. Eine Erhöhung der Kraftstoffpreise um 5 Cent pro Liter belastet die privaten Haushalte demnach insgesamt mit durchschnittlich 0,12 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. Die Haushalte im untersten Dezil werden mit 0,15 Prozent ihres Einkommens belastet, die Haushalte im obersten Dezil nur mit 0,08 Prozent. Im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist davon auszugehen, dass die Preise in Zukunft noch deutlich weiter anziehen könnten und es zu erheblichen Belastungen kommen kann (Bach/Harnisch/Isaak 2018, S. 42).

Auf der anderen Seite hat die Senkung der ÖPNV-Preise um fünf Prozent nur geringe Auswirkungen auf die Einkommen, nämlich im Umfang von 0,04 Prozent im Durchschnitt aller Haushalte. Im untersten Dezil sorgt die

Preissenkung für eine Entlastung von 0,08 Prozent des Nettoeinkommens, im obersten Dezil 0,03 Prozent (Bach/Harnisch/Isaak 2018, S. 44).

Zusammenfassend kommt die Untersuchung des DIW zu einem differenzierten Ergebnis. Einerseits seien durch keines dieser Szenarien Belastungen zu erwarten, die zu »deutlich steigender Ungleichheit« führen oder Haushalte mit niedrigen Einkommen in »Energiearmut« stürzen könnten. Spurenlos, so das DIW, würden die Prozesse an wirtschaftlich schwachen Gruppen aber nicht vorbeigehen. Für einzelne Gruppen könnten sich bei einer Kumulation von Belastungen »spürbare reale Einkommensverluste« ergeben (Bach/Harnisch/Isaak 2018).

Die subjektiv wahrgenommene Belastung durch die Klimawende jedoch zeichnet ein anderes Bild. Laut einer repräsentativen Allensbach-Umfrage im Auftrag des Progressiven Zentrums ist die Mehrheit der Deutschen (52 %) davon überzeugt, dass die Klimapolitik der Bundesregierung soziale Unterschiede im Land vergrößern wird. Die Befragung entstand unter dem Eindruck des Ukraine-Krieges und den damit verbundenen steigenden Energiepreisen – und sie zeigt deutlich, dass fast jeder zweite Deutsche (49 %) aufgrund der Klimapolitik auch mit persönlichen Nachteilen rechnet. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil sogar bei 61 Prozent. Nur sieben Prozent der Deutschen rechnen mit Vorteilen, 34 Prozent glauben, dass sich in ihrem Umfeld nichts ändert (Das Progressive Zentrum 2022).

Laut einer Panel-Untersuchung des ifo-Instituts sind zwei Drittel der Menschen (66,9 %) davon überzeugt, dass die Lasten der Energiewende vor allem von den »kleinen Leuten« getragen würden. Wohlhabende und Unternehmen würden eher davon profitieren. Noch stärker ausgeprägt ist diese Wahrnehmung von Ungerechtigkeit bei den einkommensschwachen Haushalten, bei denen 75,5 Prozent glauben, dass die Energiewende zu Lasten der Geringverdiener gehe (Setton/Renn 2021, S. 22).

In der Wahrnehmung von den zu erwartenden Belastungen durch die Energiewende gibt es jedoch auch regionale Gefälle. In strukturschwachen Regionen der Bundesrepublik, das zeigt die bereits eingangs erwähnte Studie des Progressiven Zentrums und der Friedrich-Ebert-Stiftung, gibt es die manifeste Befürchtung, dass sich klimapolitische Maßnahmen verstärkend auf soziale Ungleichheiten auswirken. Die Menschen dort erwarten nicht bloß, dass der Klimawandel bewältigt wird, sondern, dass er vor allem sozial verträglich bewältigt wird. Eine bereits bestehende soziale Spaltung wird von vielen Menschen dort als großer Missstand betrachtet. Die Angst, dass

diese Spaltung durch die Große Transformation noch vergrößert werden könnte, treibt die Menschen offensichtlich mehr um als der Klimawandel (Fröhlich/Ranft/Mannewitz 2022, S. 14).

Die beispielhaften Untersuchungen des ifo-Instituts (Radulescu 2021) und des DIW (Bach/Harnisch/Isaak 2018) zeigen: Durch die Energiewende kommen zwar zusätzliche finanzielle Belastungen auf einkommensschwache Gruppen zu, aber »Energiearmut« drohte bisher offenbar nicht. Ein Ergebnis, dessen Gültigkeit durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen energiepolitischen Fragen zumindest aktuell fraglich ist. Die gefühlte Schieflage und die Befürchtungen zu den Auswirkungen der Klimapolitik, das zeigen die Untersuchungen des ifo-Instituts (Radulescu 2021) und des Progressiven Zentrums (Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022), sind in einkommensschwachen Gruppen und strukturschwachen Regionen, in denen die Modernisierungsskepsis besonders ausgeprägt ist, erheblich. Die aktuelle geopolitische Lage könnte diese Befürchtungen noch deutlich verschärfen.

4. Der Weg zur gesellschaftlichen Akzeptanz oder die Politik der gerechten Transformation

In der Vergangenheit haben Konservative immer wieder darauf hingewiesen, dass der Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft einkommensschwache Gruppen nicht belasten dürfe. Der CSU-Politiker Alexander Dobrindt fasste das einmal so zusammen: »Erderhitzung bekämpft man nicht mit sozialer Kälte.« So richtig der Hinweis ist, dass der Klimaschutz nicht auf dem Rücken der ökonomisch Schwachen ausgetragen werden darf, so wenig taugt das Argument als Begründung dafür, den Klimaschutz nicht entschlossen voranzutreiben. Denn es gilt nicht, die legitimen Bedenken und Verunsicherungen der sogenannten »kleinen Leute« zu instrumentalisieren, um klimapolitische Untätigkeit zu rechtfertigen. Das Ziel progressiver Politik muss vielmehr sein, die notwendige Dekarbonisierung in erforderlichem Tempo zu vollziehen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass erstens unerwünschte soziale Verteilungseffekte der Transformation minimiert und kompensiert werden und zweitens einkommensschwache Gruppen und strukturschwache Räume von der Klimawende profitieren.

Ein Wandel dieser Dimension erfordert nicht die Zustimmung jedes einzelnen Menschen in Deutschland – der Anspruch eines vollständigen Konsenses ist realitätsfern und würde Politik in repräsentativen Demokratien zum Erliegen bringen. Veränderung bedeutet immer auch Zumutung. Dennoch macht die französische Erfahrung der Gelbwesten-Bewegung deutlich, dass die Politik der ökologischen Transformation von gesellschaftlichen Gegenpielerinnen und -spielern mit einer kritischen Protestmasse verlangsamt oder gar zum Stillstand gebracht werden kann. Nachdem sich gewisse Protestbewegungen in Deutschland in den letzten Jahren zunächst auf die Migrations- und später auf die Coronapolitik bezogen haben, spricht vieles dafür, dass sie ihre nächste Projektionsfläche in der Klimapolitik finden werden (Matlach et al. 2022). Es ist daher entscheidend, dass Progressive mit ihrer Transformationspolitik breite gesellschaftliche Akzeptanz erzeugen. Wie oben dargelegt, stellen modernisierungsskeptische Menschen in diesem Zusammenhang eine wichtige Zielgruppe dar – nicht nur, weil sie potenziell als Gegenspieler agieren könnten, sondern auch und vor allem, weil es der Selbstanspruch Progressiver sein muss, betroffene Menschen und Regionen durch Veränderung besser zu stellen.

Wie kann also eine progressive Politik aussehen, die in modernisierungsskeptischen Gruppen zu mehr Akzeptanz gegenüber der ökologischen Transformation führt? Drei Aspekte scheinen dafür zentral: Erstens eine überzeugende Erzählung einer gerechten Transformation, die vermittelt, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit nicht notwendigerweise im Konflikt stehen, sondern – im Gegenteil – gute Klimapolitik zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen kann. Zweitens konkrete sozialpolitische Maßnahmen, die das Respektnarrativ von Bundeskanzler Scholz auch im Rahmen der Klimapolitik mit Leben füllen. Und drittens eine Industriepolitik, die dafür sorgt, dass die Lebensbedingungen in strukturschwachen Regionen im Zuge der Transformation verbessert werden.

4.1 Die Erzählung der gerechten Transformation

Olaf Scholz' erste Wochen und Monate als Bundeskanzler waren von einer für ihn typischen Kommunikationsstrategie bestimmt. Ähnlich wie seine Vorgängerin äußert sich der Bundeskanzler nur selten öffentlich und beschränkt sich in der Regel darauf, die Ziele seiner Politik zu benennen. Mit Erklärungen, wie diese zu erreichen seien und worin sie begründet lägen,

ging er nicht nur in der Debatte um eine Impfpflicht sparsam um. Als Antwort auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine vollzog die Bundesregierung zwar einen wahrlich atemberaubenden Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, handelte jedoch nicht aus sich selbst heraus, sondern in Reaktion auf eine drastisch veränderte weltpolitische Wirklichkeit. Während das die Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Regierung unter Beweis stellt, wird ein Scholz häufig nachgesagter, reaktiver Politikstil des Nicht-Erklärens in der Klimapolitik kaum funktionieren. Er stünde in klarem Konflikt zum Sicherheitsbedürfnis, das viele Menschen in Zeiten des Wandels verspüren, und zur politischen Vorausschau, die die Langzeitkrise Klimaerwärmung erfordert.

Annalena Baerbock verfolgte während ihrer Kandidatur zwar eine ganz andere Strategie, im Ergebnis zeigt sich dennoch eine ähnliche Problematik. Es gelang ihr nicht, das Veränderungsversprechen, das sie als Kandidatin des Aufbruchs am stärksten verkörperte, mit einem glaubwürdigen Sicherheitsversprechen zu verknüpfen. Ein Narrativ der gerechten Transformation, das auch modernisierungsskeptische Gruppen überzeugen soll, muss aber genau das leisten – eine vorausschauende und aus der eigenen Begründungskraft schöpfende Politik, die Sinn und Zweck des Wandels in zugänglicher Sprache erklärt und keinen Zweifel daran lässt, dass die Gestaltung der Transformation eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, bei der niemand zurückgelassen wird.

Im Zentrum einer progressiven Erzählung sollte daher die Begründung stehen: Warum ist eine Veränderung im Maßstab der ökologischen Transformation erforderlich? Drei zentrale Erklärungsmuster drängen sich auf: Erstens können wir die Lebensgrundlagen junger und zukünftiger Generationen nur dann erhalten, wenn wir CO₂-Emissionen radikal reduzieren. Zweitens ist eine grüne industrielle Revolution (Fücks 2019) Voraussetzung dafür, Deutschland als starken Industrie- und Wirtschaftsstandort zu bewahren und so auch in Zukunft Wohlstand und Stabilität zu sichern. Drittens ist spätestens mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine deutlich geworden, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien Voraussetzung für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit und europäischen Souveränität ist. Auch wenn diese Gründe offensichtlich sind, müssen sie immer wieder in den Vordergrund gerückt werden, anstatt die Rechtfertigung der Transformation darauf zu verkürzen, dass sie »notwendig« sei. Damit liefe die Bundesregierung Gefahr, das merkelsche Narrativ der Alter-

nativlosigkeit durch ein Narrativ der Notwendigkeit zu ersetzen und so die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gestaltungsmacht zu beschneiden.

Beim Thema Klimawandel drehen sich die Debatten an den Küchentischen der Republik häufig um die Frage nach dem individuellen ökologischen Fußabdruck. Der urbanen Elite wird Scheinheiligkeit und Moralisierung angelastet, den unteren Einkommensschichten mangelndes ökologisches Bewusstsein. Progressive müssen dafür sorgen, dass sich der Diskurs um die ökologische Transformation nicht in einem Kulturkampf verheddert, in dem sich die unterschiedlichen Milieus basierend auf individuellen Verhaltensweisen gegenseitig Vorwürfe machen. Es gilt, eindeutig zu vermitteln, dass es nicht vordergründig um Lebensstile, individuelles Konsumverhalten oder die Einschränkung persönlicher Freiheit geht, sondern darum, die strukturellen Rahmenbedingungen politisch so zu verändern, dass sich in allen relevanten Sektoren – von Energiegewinnung und Industrie über Landwirtschaft bis hin zu Verkehr und Bauen – klimaschonende Alternativen durchsetzen und sich so ein zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell entwickelt.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Transformation keine Auswirkungen auf das alltägliche Leben der Bevölkerung und die Produktionsaktivitäten im Land haben wird. Transparent zu machen, dass die Klimawende mit erheblichen Zumutungen und Kosten einhergeht (auch wenn diese deutlich geringer ausfallen als bei Fortführung unserer fossilen Wirtschaftsweise), ist die Voraussetzung dafür, dass die Kosten im zweiten Schritt gerecht verteilt werden können. In der Erzählung einer gerechten Transformation sollte gleichzeitig klargestellt werden, dass Industrie und einkommensstarke bzw. vermögende Gruppen für den Großteil der Emissionen verantwortlich sind und daher auch stärker belastet werden müssen als einkommensschwache Gruppen. Gebote der Gerechtigkeit und der Effizienz gehen hier Hand in Hand (Müller-Salo/Pritzl 2022).

Dennoch wird sich nicht verhindern lassen, dass sich auch für einkommensschwache Gruppen Kosten bzw. Einnahmeverluste ergeben, insbesondere durch steigende Energiepreise und gerade bei Geringqualifizierten durch einen möglichen Verlust des Arbeitsplatzes. Dort, wo diese negativen Folgen nicht verhindert werden können, muss der Staat mit Kompensationen und Alternativen für ein ausgeprägtes Sicherheitsnetz sorgen. So ergibt sich ein Narrativ, das Veränderungs- und Sicherheitsversprechen glaubwürdig verknüpft: In der langen Frist können wir Sicherheit nur bewahren, wenn wir Veränderung vorantreiben (Sicherheit durch Wandel). Gleichzei-

tig werden diese Veränderungen nur gelingen, wenn sie in der kurzen Frist nicht auf Kosten der Sicherheit gehen (Sicherheit im Wandel).

4.2 Das Respekt-narrativ in der Klimapolitik mit Leben füllen

Sowohl die Vermeidung eines klimapolitischen Kulturkampfes als auch die sozialpolitische Kompensation der Klimaschutzkosten sind in dem Plädoyer von Bundeskanzler Scholz für eine Gesellschaft des Respekts verankert (Gastbeitrag von Olaf Scholz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. März 2021). Er spricht sich darin für ein Miteinander aus, in dem sich alle Menschen als Gleiche unter Gleichen verstehen und niemand auf den anderen herabschaut. Die oben bereits zitierte Allensbach-Umfrage (Progressives Zentrum 2022) macht deutlich, dass das Respekt-narrativ mit Blick auf die Klimapolitik noch nicht greift. Während fast jeder Zweite der Ampelkoalition zutraut, dass sie den Klimaschutz schneller vorantreibt, haben nur 26 Prozent den Eindruck, dass es mit der neuen Regierung im Land sozialer zugeht. Scholz und Co. haben in der Materialisierung des Respekt-narrativs noch einen weiten Weg vor sich.

Auf kultureller Ebene bedeutet das, Scheinkonflikten zwischen Stadt und Land, einer vermeintlich weißen, fossilen Arbeiterschaft und einer akademischen Ökoelite und zwischen Vulgär-liberalismus und Verbotsideologie aus dem Weg zu gehen. Progressive sind gut beraten, die sozial-ökologische Transformation und Identitätspolitik (im Sinne einer Kulturalisierung der materiellen Fragen der Transformation) nicht zu vermischen, sich gleichzeitig aber nicht in einer Logik des Entweder-Oder zu verstricken. Vielmehr gilt es, eine Politik zu betreiben, die für materielle Ungleichheiten genauso sensibel ist wie für Sexismus, Rassismus, mangelnde Anerkennung und die Zusammenhänge dieser Diskriminierungsdimensionen.

Auf materieller Ebene wird entscheidend sein, wie die Bundesregierung das Respekt-narrativ und das damit verbundene Sicherheitsversprechen auch in der Klimapolitik mit Leben füllen kann. Breit angelegte Maßnahmen, wie der Vorschlag einer Mehrwertsteuersenkung auf Gas, Öl und Benzin, erfüllen diesen Anspruch nicht. Denn sie entlasten vor allem einkommensstarke Haushalte und konterkarieren die gewünschte Lenkungswirkung der CO₂-Bepreisung. Mit den angekündigten Maßnahmenpaketen zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte hat die Bundesregierung hingegen einen wichtigen Schritt zu einem sozialen und ökologisch verträg-

lichen Ausgleich getan. Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldbeziehende, Auszubildende und Studierende, die Abschaffung der EEG-Umlage, der Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder und der Einmalzuschlag auf die Grundsicherung sind zielgerichtete Instrumente. Sie richten sich an jene, die am stärksten von den steigenden Kosten betroffen sind. Die Anhebung der Pendlerpauschale ist in ihrer ökologischen Wirkung zwar umstritten, hat jedoch gerade für die ländliche Bevölkerung und Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, eine wichtige Signalwirkung.

Inklusive Abschaffung der EEG-Umlage beziffert sich das erste Maßnahmenpaket der Bundesregierung auf ca. 13 Milliarden Euro. Während diese Kosten im aktuellen Haushalt abgedeckt werden können, ist nicht auszuschließen, dass weitere Pakete zum sozialen Ausgleich steigender Energiepreise in Zukunft die erneute Aussetzung der Schuldenbremse erfordern werden. Hier zeichnet sich ein Konflikt zwischen FDP und Grünen ab, der die Haltung modernisierungsskeptischer Gruppen gegenüber der Bundesregierung entscheidend beeinflussen könnte. Unter den aktuellen Bedingungen der Schuldenbremse und steigenden Ausgaben wird es ohne Korrekturen auf der Einnahmenseite kaum möglich sein, eine Balance zwischen finanzpolitischer Solidität und einem starken Sozialstaat zu finden, die den Bedürfnissen modernisierungsskeptischer Gruppen nach Schuldenbegrenzung und sozialen Ausgleichsmechanismen gerecht wird.

Aktuell werden die Energiepreise vor allem durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine in die Höhe getrieben. Mit fortschreitender Zeit wird jedoch auch der CO₂-Preis einen stärker spürbaren Effekt auf die Stromrechnungen haben – denn nur dann kann er seine klimapolitische Wirkung entfalten. Den dadurch entstehenden Belastungen soll laut Koalitionsvertrag mit einem »Klimageld« entgegengewirkt werden, das insbesondere Menschen mit geringem Einkommen unterstützt, ohne dabei die Lenkungswirkung des CO₂-Preises zu unterwandern. Ein breites Bündnis aus Klima-, Umwelt- und Sozialverbänden, Gewerkschaften und Kirchen drängt auf die zeitnahe Einführung des Klimageldes und stützt sich in seiner Forderung auf eine Machbarkeitsstudie der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Das Ergebnis: Das Klimageld ließe sich bürokratiearm, kosteneffizient und rechtssicher umsetzen (Färber/Wieland 2022). Die Stärke des Umsetzungsvorschlags liegt vor allem darin, dass das Klimageld in diesem Modell monatlich ausbezahlt werden würde. Das würde zum einen die Signalwirkung des Mechanismus erhöhen und zum anderen sicherstel-

len, dass bedürftige Haushalte kontinuierlich und nicht erst rückwirkend am Jahresende unterstützt werden.

Die genannten Maßnahmen des sozialen Ausgleichs sind unverzichtbarer Teil einer integrativen, gerechten Transformation. Eine glaubhafte Politik des Respekts muss jedoch über den Anspruch der Kompensation hinausgehen, indem sie nicht nur dem Schutz-, sondern auch dem Gestaltungsbedürfnis der Menschen Rechnung trägt. Die Modernisierungsskepsis speist sich bei vielen aus der Sorge, von den rasanten Veränderungen überholt zu werden. Insbesondere in Regionen des Strukturwandels sind die Jobs vieler Menschen bedroht. Das von der IG Metall vorgeschlagene Transformationskurzarbeitergeld dient als Beispiel dafür, wie Menschen mit staatlicher Unterstützung in ihrer Selbstwirksamkeit und Resilienz gestärkt werden können (Friedrich-Ebert-Stiftung 2021). Das Instrument scheint auch deshalb reizvoll, weil es an das bekannte und gesellschaftlich beliebte Kurzarbeitergeld während der Finanz- und Coronakrise anknüpft.

Ein weiteres Mittel zur Stärkung der Selbstwirksamkeit in der Transformation bildet die sogenannte Bürgerenergie, wie etwa genossenschaftlich organisierte Heimspeicher, Solaranlagen und Windparks. Studien zeigen, dass die Zustimmung zu mehr Klimaschutz steigt, wenn sich die Menschen vor Ort an Lösungen beteiligen und wirtschaftlich profitieren können (Local Energy Consulting 2020). Neben Energieprojekten in Bürgerhand ist die finanzielle Bürgerbeteiligung an Projekten Dritter ein starkes Instrument zur Akzeptanzsteigerung. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat die Projektträger neuer Windparks beispielsweise dazu verpflichtet, unmittelbar Angrenzenden entweder durch den Kauf von Anteilen oder eine jährliche Ausgleichsabgabe finanziell zu beteiligen. Im Koalitionsvertrag ist eine bundesweite Regelung zur Projektbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger angedacht. Die Umsetzung steht allerdings noch aus.

Die aufgeführten Instrumente machen deutlich, dass der Bundesregierung eine Reihe sozial- und ordnungspolitischer Möglichkeiten zur Verfügung steht, um die Akzeptanz modernisierungsskeptischer Gruppen gegenüber der ökologischen Transformation zu erhöhen. Der Klimaschutz kann sozial gerecht gestaltet werden. In Anbetracht des begrenzten finanziellen Spielraums muss die Ampelkoalition dafür jedoch klare Prioritäten auf eine soziale Kompensation derer setzen, die am härtesten von steigenden Preisen getroffen werden. Doch auch mit einer solchen Priorisierung werden die dafür notwendigen Pakete kaum im regulären Haushalt abgebildet werden

können. Dass der Koalitionsvertrag Steuererhöhungen und Umverteilung ausspart, stellt sich spätestens jetzt als nicht mehr tragbar heraus. Eine Erhöhung der Einnahmenseite in Form zusätzlicher Schuldenaufnahme oder erhöhter Abgaben für Vermögen oder Spitzenverdiener – z.B. in Form eines Klima-Solidaritätszuschlags ab einem bestimmten Jahreseinkommen – scheint daher unerlässlich.

Die Kompensationsmechanismen können in ihrer technischen Ausgestaltung jedoch noch so zielgerichtet und effektiv sein. Damit sie die Akzeptanz für die Transformationspolitik der Regierung erhöhen, müssen sie, wie oben dargestellt, in ein überzeugendes Narrativ des Respekts eingebettet sein. Schon Karl Polanyi schrieb dazu: »Rein ökonomische Sachverhalte, die die Befriedigung der Bedürfnisse betreffen, sind für das Klassenverhalten unvergleichbar weniger relevant als Fragen der sozialen Anerkennung.« (Zit.n. Ther 2019, S. 33)

4.3 Strukturschwache Regionen stärken

Die Ausführungen bezogen sich bis hierhin auf die direkte Verbesserung individueller Lebensbedingungen im Zuge der Transformation. Die Zukunftssorgen vieler Menschen speisen sich jedoch häufig nicht aus der Angst um die Verschlechterung des eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Status, sondern vielmehr aus der Befürchtung, dass sich die heimatliche Region auf einem absteigenden Ast befindet. Das zeigt auch die bereits zitierte Studie »Die Übergangenen – strukturschwach und erfahrungsstark« (Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022).

Die regionalen Zukunftssorgen wurzeln häufig in einer subjektiv wahrgenommenen, doppelten Bedeutungslosigkeit. Die erste Komponente ist materieller Art: Das eigene Umfeld verliert an Bedeutung und gerät in eine Abwertungsspirale. Betriebe und Menschen wandern ab, soziale Infrastruktur und Mobilitätsmöglichkeiten verschwinden. Die zweite Komponente ist immateriell: Im gesellschaftlichen Diskurs kommen Repräsentantinnen und Vertreter nur selten in Talkshows zu Wort; aus der Region wird nur am Rande berichtet. Nur wenige Menschen aus strukturschwachen Räumen haben das Gefühl, dass sie in die Entwicklung der eigenen Zukunft einbezogen werden (Fröhlich/Ranft/Mannewitz 2022).

Aufgabe einer akzeptanzstiftenden progressiven Politik liegt vor diesem Hintergrund auch darin, strukturschwache Räume aufzuwerten und

zu Transformations-Gestaltenden zu machen. Damit das gelingt, sollte progressive Politik strukturschwache Räume unterstützen, insbesondere durch Geld (öffentliche Investitionen in die lokale Energiewirtschaft und Infrastruktur), Gestaltungsmacht (breite Partizipationsmöglichkeiten, die den Wandel vordenken und begleiten) und Gehör (direkte Gesprächsangebote oder konsultative »Zukunftsräte«, welche wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse der Menschen in den Prozess einbringen).

Die ländlichen strukturschwachen Regionen haben in der Transformation einen potenziellen Standortvorteil: Es gibt dort häufig viel Platz. Bei diversen Vorhaben zur nachhaltigen Energieerzeugung, zum Beispiel bei Windkraft- und Solaranlagen, besteht für den An- und Ausbau massiver Raumbedarf. Um strukturschwache Regionen als Standorte einer nachhaltigen Energieerzeugung zu stärken, braucht es Investitionen in physische Infrastruktur, vor allem in die Anbindung an neue Stromtrassen, eine schnellere Digitalisierung und gut ausgebildete Fachkräfte. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass die Kommunen zu Investitionen in die lokale Energiewirtschaft befähigt werden – etwa durch zweckgebundene Altschuldenentlastung oder die direkte Beteiligung strukturschwacher Regionen an den Erträgen aus der Energieerzeugung. So könnten Gewinne solcher Anlagen zum Beispiel direkt in öffentliche Investitionen für Bildung, Soziales oder des regionalen ÖPNV fließen. Eine Priorisierung der Energiewirtschaft ist jedoch nicht für jede Region ein Allheilmittel. Es kommt auf die lokalen Standortfaktoren an (Fachkräfte, Infrastruktur, Wissen), wie die lokale Wirtschaft im Rahmen der Großen Transformation gestärkt werden kann. Erneuerbare Energien sind ein Weg – aber auch Folgeindustrien im Bereich Sektorkopplung, also neue Technologien für die Reduktion fossiler Brennstoffe in anderen Sektoren wie grüner Wasserstoff, E-Mobilität und Batterien, Wärmepumpen etc., haben erhebliches Potenzial.

Regionen, die sich bereits im Umbruch befinden oder bei denen ein umfassender Wandel absehbar ist, benötigen neben gezielten Investitionen auch breite Mitsprachemöglichkeiten (Gestaltungsmacht), damit nicht die negativen Begleiterscheinungen der Transformation, sondern ihre Chancen zum Markenzeichen der Region werden. Ein Instrument, das solche regionalen Wandlungsprozesse begleiten könnte, wären die im Koalitionsvertrag genannten »Transformationscluster«. Gemeint sind Institutionen, zu deren Vorschlags- und Beratungsgremien breite Teile der regionalen Gesellschaft gehören und die deren vielfältige Lebensräume widerspiegeln: Betriebe, Be-

triebsräte, Wissenschaft, Politik, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialer und kultureller Einrichtungen, Bürgerinnen und Bürger. Gerade Vertreterinnen von Nichtregierungs- oder Verbraucherschutzorganisationen gehören zu jenen Gruppen, denen eher als etwa Regierungen, Firmen oder Medien zugetraut wird, dass sie ethisch handeln. Sie genießen meist auch ein höheres Vertrauen in der Bevölkerung (Edelman Trust Barometer 2021). Die Einbindung dieser Akteurinnen würde also nicht nur die Perspektiven deutlich erweitern, sondern womöglich auch zu einem vertrauensstiftenden Effekt in der Gesellschaft beitragen. Die Aufgabe solcher Institutionen bestünde darin, nach Maßgabe der regionalen Gegebenheiten und innerhalb klimapolitischer Ziele soziale, betriebliche und kulturelle Lösungen zu diskutieren und zu empfehlen. Die Vorschläge der Cluster sollten neben anderen Verfahren im parlamentarischen Prozess als Grundlage für die zukünftige Vergabe regionaler Mittel etwa im Kontext der Strukturförderung dienen. Transformationscluster werden bereits im Koalitionsvertrag der Ampelparteien genannt und werden darin mit der Absicht verknüpft, strukturschwache Regionen zu unterstützen. Eine umfassende Ausstattung mit Geld, Gewicht und Personal ist hier ebenso wichtig wie der bereits genannte Ansatz der Mitgestaltung.

Neben den klassischen Dialogformaten, welche die Politik auch heute bereits in großer Zahl in strukturschwachen Regionen anbietet, lohnt sich ein Blick auf die nach wie vor aktuelle und anregende Idee der Zukunftsräte, die Patrizia Nanz und Claus Leggewie in ihrem Buch »Die Konsultative« präsentieren. Zukunftsräte sind Gremien, die sich in Kooperation mit bestehenden demokratischen Institutionen über Herausforderungen und Fragen der Zukunft austauschen und Lösungsideen entwickeln. Die beiden AutorInnen fordern in ihrem Buch die Konsultative als vierte Gewalt und erläutern: »Dazu soll eine breite und tiefgehende Konsultation der Bürgerschaft dem Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren vorangestellt und nachgeordnet werden.« Zukunftsräte kann es auf allen politischen Ebenen geben, von der kommunalen bis zur europäischen Ebene. Sie tragen wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse zusammen und können auf diese Weise helfen, gemeinsam passende Lösungsstrategien zu entwickeln (Geißel/Jung 2019). Wichtig bei der Ein- und Umsetzung von Zukunftsräten ist, dass die Teilnehmenden ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft darstellen und nicht bloß die »üblichen Verdächtigen« dabei sind (dies lässt sich zum Beispiel durch ein Losverfahren, aufsuchende Beteiligung und Aufwandsent-

schädigungen erreichen). Ebenso wichtig ist, dass vor allem auf der lokalen oder regionalen Ebene auch die Betroffenen über das diskutierte Thema mitentscheiden und dass auf die empfohlenen Maßnahmen eine verbindliche Reaktion der demokratischen Institutionen (wie dem Landtag oder Parlament) folgt. Bleibt Letzteres aus, droht die Gefahr, dass die Beteiligungsformate lediglich zum »Participatainment« verkommen, wie der Stadtplaner Klaus Selle es nennt.

5. Fazit

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine, die geopolitischen Verschiebungen, die damit einhergehen, die zu erwartenden Migrationsbewegungen, Deutschlands energiepolitische Abhängigkeit von Russland, die zu großen Teilen noch vor uns liegende Transformation hin zur Klimaneutralität – all das macht deutlich, wie eng geo-, klima- und gesellschaftspolitische Entwicklungen miteinander verwoben sind. Der Regierungsstart der Ampelkoalition ist wie wohl kaum zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik von großen Ambitionen und nicht minder großen Krisen geprägt, die teilweise durch externe Schocks ausgelöst wurden, teilweise jedoch auch auf mangelnde Vorausschau und passive Politik der letzten Jahre zurückzuführen sind.

Diese Gemengelage erfordert einen handlungsfähigen Staat, der auf ein breites Grundvertrauen in der Bevölkerung bauen kann. Mit der denkwürdigen Regierungserklärung vom 27. Februar hat der Bundeskanzler einen wichtigen Schritt getan. Sie hat die Kraft und Veränderungsfähigkeit der Politik unter Beweis gestellt. Das Momentum wird sie jedoch nur verstetigen und auf andere Politikfelder übertragen können, wenn sie eine integrative, Interessen zusammenführende und dennoch zielgerichtete, proaktive Politik verfolgt, die auch die gesellschaftlichen Gruppen anspricht, die nicht zu ihrem Kernklientel zählen. An der ökologischen Transformation lässt sich sehr gut ablesen, was das konkret bedeutet. Progressive Politik muss aus eigener Begründungskraft heraus agieren und ihre Ziele überzeugend vermitteln; die Zumutungen und Kosten, die damit verbunden sind, mit Selbstbewusstsein, Transparenz und Demut benennen; und gezielte Kompensations- und Beteiligungsmechanismen entwickeln, um auch bei modernisierungsskeptischen Gruppen für Akzeptanz zu werben.

Es stellt sich damit aber natürlich die Frage, ob durch den gezielten Versuch, die Spannungen zwischen progressiver Politik und modernisierungsskeptischen Gruppen aufzulösen, neue Spannungen zwischen progressiver Politik und ihrer Kernklientel entstehen. Damit das nicht eintritt, darf sich die Ampelkoalition nicht zu einer Logik der Arbeitsteilung verlocken lassen, in der nur die Grünen für das Gelingen der ökologischen Transformation verantwortlich sind bzw. in der nur die SPD für soziale Gerechtigkeit zuständig ist und nur die FDP für liberale Gesellschaftspolitik und solide Finanzen einsteht. Eine Logik also, in der die drei Koalitionspartner in der Wahrnehmung der Bevölkerung separate Politiken betreiben, die ihr jeweiliges Kernklientel anspricht in der Hoffnung, dass sich daraus in der Summe ein zufriedenstellendes Gesamtbild ergibt. Die Versuchung der Arbeitsteilung und gegenseitigen Schuldzuweisungen mag in kritischen Situationen aus parteitaktischen Motiven heraus groß sein. Es hieße aber, die – vielleicht einmalige – Chance zum Aufbruch in eine Gesellschaft fahrlässig zu verspielen, die den großen ökologischen, sozialen, digitalen und wirtschaftlichen Herausforderungen wirklich Paroli bietet und unser Land im Sinne einer gesellschaftlich inklusiven Transformation zukunftsfähig macht.

Die Koalitionspartner sind gut beraten, ihre komplementären Kompetenzen zu nutzen. Die Transformation erfordert die grüne Entschlossenheit, die Klimawende in erforderlichem Tempo ordnungspolitisch voranzutreiben genauso wie das liberale Bewusstsein für die Kraft von Innovation und technologischem Fortschritt und das sozialpolitische Gespür für Interessenausgleich und Gerechtigkeit. Verantwortlich sind am Ende jedoch alle gemeinsam. Diese interne Geschlossenheit bildet den Grundstein dafür, dass die Regierung nach innen vertrauensvoll zusammenarbeitet und nach außen in breite Teile der Gesellschaft lagerübergreifend anschlussfähig ist.

Literatur

Bach, Stefan, Michelle Harnisch und Niklas Isaak (2018). Verteilungswirkungen der Energiepolitik – Personelle Einkommensverteilung. Endbericht des Forschungsprojektes des DIW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Berlin: DIW

- Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2017). Allzeit fern des Durchschnitts: Politische Ansichten der AfD-Anhänger. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2/2017, S. 12-25
- Consiglio, Valentina, Christian Geppert, Sebastian Königs, Horacio Levy und Anna Vindics (2021). Bröckelt die Mittelschicht? Risiken und Chancen für mittlere Einkommensgruppen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Übersetzung durch Bertelsmann Stiftung, Bielefeld: Bertelsmann Stiftung
- Das Progressive Zentrum (2022). Allensbach-Umfrage zu 100 Tage Ampel vom 15. März 2022, Berlin: Eigenverlag
- DIW ECON (2021). Ein Koalitionsvertrag für ein klimaneutrales Deutschland? Eine Bewertung hinsichtlich der Erreichung der Ziele des Bundesklimaschutzgesetzes und der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland, Berlin: Eigenverlag
- Edelman Trust Barometer (2021). Country Report – Trust in Germany, Frankfurt a.M.: Eigenverlag
- El-Menouar, Yasemin und Kai Unzicker (2021). Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit. Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen, Bielefeld: Bertelsmann Stiftung
- Färber, Gisela und Joachim Wieland (2022). Rechtliche und verwaltungsorganisatorische Möglichkeiten der Umsetzung einer Klimaprämie, Speyer: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2021). Klimapolitik. Sozial. Gerecht. Ein Argumentationshandbuch für eine gerechte sozial-ökologische Transformation. Berlin: Eigenverlag
- Fröhlich, Paulina, Tom Mannewitz und Florian Ranft (2022). Die Übergangenen – strukturschwach und erfahrungsstark. Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die große Transformation, Berlin: Das Progressive Zentrum und Friedrich-Ebert-Stiftung
- Fücks, Ralf (2019). Ökologie und Freiheit. Berlin: Zentrum Liberale Moderne
- Geißel, Brigitte und Stefan Jung (2019). Mehr Mitsprache wagen: Ein Beteiligungsrat für die Bundespolitik. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Koalitionsvertrag der Bundesregierung zwischen SPD, Grünen und FDP (2021). Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1> (letzter Aufruf 21. März 2022)

- Krause, Laura Kristina und Jérémie Gagne (2019). Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, Berlin: More in Common
- Krause, Laura Kristina und Jérémie Gagne (2021). Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland, Berlin: More in Common
- Local Energy Consulting (2020). Akzeptanz und lokale Teilhabe in der Energiewende. Handlungsempfehlungen für eine umfassende Akzeptanzpolitik. Impuls im Auftrag von Agora Energiewende, Berlin: Eigenverlag
- Matlach, Paula, Christian Schwieter, Łukasz Janulewicz und Nicolás Heyden (2022). Deutschland und der angebliche Klimalockdown: Wie Rechtspopulisten und Verschwörungsgruppen die Pandemie zur Mobilisierung gegen den Klimaschutz nutzen, Berlin: Institute for Strategic Dialogue
- Müller-Salo, Johannes und Rupert Pritzl (2022). Klimaschutz durch Innovation und Marktwirtschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 72, S. 3-4
- Nanz, Patrizia und Claus Leggewie (2016). Die Konsultative: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Bonn: Wagenbach Verlag
- Radulescu, Doina (2021). Verteilungswirkungen von CO₂-Preisen und des Ausbaus erneuerbarer Energien. In: ifo-Institut: Wie fair ist die Energiewende? Verteilungswirkungen in der deutschen Energie und Klimapolitik, München: ifo
- Reckwitz, Andreas (2019). Das Ende der Illusionen – Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Reckwitz, Andreas (2021). »In der kommenden Regierung wird die neue Mittelklasse stark vertreten sein«. Interview. In: Philosophie Magazin, 29. September 2022
- Scholz, Olaf (2021). Plädoyer für eine Gesellschaft des Respekts. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. März 2021
- Seils, Eric und Helge Emmeler (2022). Der untere Entgeltbereich. WSI-Policy Brief Nr. 65, Düsseldorf: WSI
- Selle, Klaus (2011). Particitainment oder: Beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird. In: Planung neu denken online 3, S. 19
- Setton, Daniela und Ortwin Renn (2021). Wie fair ist die Energiewende? Ergebnisse einer Paneluntersuchung zur wahrgenommenen Gerechtigkeit bei der Kostenverteilung. In: ifo-Institut, Wie fair ist die Energiewende?

- Verteilungswirkungen in der deutschen Energie und Klimapolitik, München: ifo
- Sinus-Institut (2021). Sinus-Milieus – Deutschland im Umbruch, Heidelberg: Eigenverlag
- Ther, Philipp (2019). Das andere Ende der Geschichte – Über die Große Transformation, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Volk, Christine (2021). Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts erfordert Investitionen von 5 Billionen EUR. KfW Research, 7. Oktober 2021 https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_673344.html#:~:text=Insgesamt%20sind%20demnach%20Klimaschutzinvestitionen%20von,%2C2%25%20des%20deutschen%20Bruttoinlandsprodukts. (letzter Aufruf 21. März 2022)
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (2021). Nachwahlbefragung von Erwerbspersonen Bundestagswahl: Soziale Themen mit hohem Stellenwert – Auswertung zeigt Profil von Personen, die kurzentschlossen SPD wählten, Düsseldorf: Eigenverlag
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten, Berlin: Eigenverlag